

und vor allem über die Sportgelände strikte Sicherheitsmaßnahmen. Zum andern hatte wenige Wochen vorher Irak seinen Nachbarn Kuwait überfallen und damit die Teilnahme einer Reihe nahöstlicher Staaten in Frage gestellt.

Beim Einmarsch der Athleten wurde die kleine Mannschaft Kuwaits stürmisch beklatscht. Für die Stimmung der 70.000 Zuschauer im Arbeiterstadion gegenüber den Irakern gab es keine Offenbarungsmöglichkeit, da der Irak am Vorabend der Spiele durch den Olympischen Rat Asiens (OCA) von der Teilnahme ausgeschlossen worden war.

Verlesen wurde bei den Feierlichkeiten u.a. eine Rede des langjährigen kuwaitischen NOK-Präsidenten und Präsidenten des Komitees der Asiad, Sheik Fahah, der bei der Invasion der Irak in den Kuwait ums Leben gekommen war (Einzelheiten in XNA, 22.9.90).

Der Irak war, wie bereits erwähnt, zwei Tage vor Beginn der XI. Asiad durch den OCA von der Teilnahme an den Wettkämpfen ausgeschlossen worden. 27 Ratsmitglieder hatten für den Ausschluß, 3 dagegen gestimmt und 5 hatten sich enthalten.

Über das Abstimmungsverhalten wurden keine Einzelheiten bekannt gegeben. Der Gastgeber China hatte sich allerdings in den vorangegangenen Debatten wiederholt dafür ausgesprochen, die Delegationen sämtlicher Länder an den Spielen teilnehmen zu lassen und die Politik aus dem Sport herauszuhalten - ausgerechnet China, das jahrzehntelang gegen eine Trennung von Politik und Handel, ja überhaupt gegen eine Entpolitisierung von angeblichen "Sachfragen" polemisiert hatte!

Ein OCA-Sprecher betonte in der Pressekonferenz, der Ausschluß sei eine Reaktion auf den Einmarsch des Irak in Kuwait.

Nachdem einige Länder des Nahen Ostens noch kurz vorher mit einem Boykott der Spiele gedroht hatten, falls der Irak zugelassen werde, war mit dem Beschluß die Teilnahme aller anderen Staaten der Region gesichert.

Noch einige weitere "Politica" der Asiad seien hier erwähnt. So nahm beispielsweise zum ersten Mal seit

1970 wieder eine taiwanesischen Sportdelegation an den Asienspielen teil, und zwar unter der Bezeichnung "China, Taipeh" sowie mit einer eigenen Olympiafahne. 380 Teilnehmer dieser Mannschaft wurden, ähnlich wie das Team Hongkongs, stürmisch begrüßt.

Die iranische Delegation setzte sich - auch dies ein Politikum - aus lediglich sechs Frauen zusammen, die - trauernden Witwen vergleichbar - im schwarzen Tschador auftraten und für den Schießwettbewerb vorgesehen waren.

Die Palästinenser, die nach Ablauf der Anmeldefrist doch noch um Teilnahme nachgesucht hatten, waren mit zwei Mann vertreten, die beim Defilee die Finger zum Victory-Zeichen hochhoben. Die Wettkämpfer Jemens traten erstmals seit der Vereinigung des Landes mit einer gemeinsamen Mannschaft auf.

Die Asiad blieb also auch in Beijing ihrer Tradition als hochpolitisches Ereignis treu. Diese Tendenz wurde noch dadurch betont, daß im Vorfeld zahlreicher Masseneinsätze zur Reinigung und Begrünung von Straßen und Plätzen sowie zur Bekämpfung der sommerlichen Insektenplage durchgeführt worden waren, und daß die Regierung außerdem, um die gewaltigen Kosten von 600 Mio. Yuan zu finanzieren, die Löhne ihrer Arbeiter und Angestellten bis zu einer Höhe von 20% abgeschöpft hatte.

Über die Einzelheiten sowie vor allem über die sportlichen Ergebnisse ist in der nächsten Ausgabe von C.a. zu berichten. -we-

Innenpolitik

*(4)

Intraelitäre Konfliktfelder

Obwohl Chinas politische Führung seit der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung Anfang Juni 1989 nach außen hin Einheit demonstriert, scheint sie intern in nahezu allen wichtigen Fragen zerstritten. Vor allem sind die beiden grundsätzlichen Konflikte über die Neugestaltung des Wirt-

schaftssystems und über die Reform des politischen Systems nach wie vor ungelöst. Einigkeit besteht nur darin, die Macht und Pfründe der kommunistischen Elite zu bewahren. Zu diesem Zweck sind konservative Reformer und die Koalition orthodoxer Kräfte eine politische Notgemeinschaft eingegangen, die die Parole "Stabilität über alles" auf ihre Fahnen geschrieben hat. In den vergangenen Monaten ist jedoch deutlich geworden, daß auch in dieser Frage erhebliche Meinungsverschiedenheiten bestehen, nämlich darüber, wie am besten politische und soziale Stabilität gewahrt werden können. In diesem Zusammenhang konnten folgende Konfliktfelder ausgemacht werden:

1) Die Behandlung des Falls Zhao Ziyang.

Die Orthodoxen scheinen nicht nur an der bisherigen Bewertung des gestürzten ZK-Generalsekretärs festhalten zu wollen, sondern auch noch eine weitergehende politische Verurteilung von Zhao Ziyang zu fordern, während Reformkräfte die vorgenommene parteioffizielle Verurteilung von Zhao für überzogen halten und eine partielle Rehabilitierung befürworten.

2) Der Kampf gegen die "bürgerliche Liberalisierung".

Orthodoxe wollen den antibürgerlichen Kampf noch verschärfen, um die demokratischen Tendenzen unter den Intellektuellen und der Studentenschaft einzudämmen. Dagegen vertreten Reformkräfte die Ansicht, daß ein verschärfter Kampf gegen bürgerliche Liberalisierungstendenzen die Intellektuellen und Studenten nur noch weiter von der politischen Führung entfremden würde und daß es dann gänzlich unmöglich wäre, größere Teile der geistigen Elite, die sich ja nahezu ausschließlich außerhalb der Kommunistischen Partei befindet, zu einer aktiven Mitarbeit für das ehrgeizige Modernisierungsprogramm zu gewinnen.

3) Die Arbeit der Massenmedien.

Orthodoxe verlangen eine durchweg positive 'Berichterstattung' und die Propagierung von sozialistischen Vorbildern, während die Reformer mehr Wert auf wahrheitsgemäße und populär geschriebene Berichte legen und fordern, daß die Massenmedien mehr auf die realen Interessen der Bevölkerung eingehen sollten.

4) Die Bekämpfung von Korruption und Spekulation.

Orthodoxe Kräfte wehren sich dagegen, daß dieser Kampf vor allem gegen Führungskader geführt wird, weil dadurch das Ansehen der KPCh leiden würde. In diesem Zusammenhang soll auch der Begriff der "bürokratischen Spekulation" (guandao) nicht mehr verwandt werden. Hauptangriffsziele der Anti-Korruptionskampagne sollten nach orthodoxer Sichtweise jene privaten Unternehmer sein, die durch Bestechung und andere illegale Methoden reich geworden seien. Nach Ansicht von Reformkräften muß der Kampf gegen die Korruption jedoch vor allem gegen die korrupten Führungskader geführt werden, da sich der Zorn der Bevölkerung gerade gegen sie richtet und da die Partei mit gutem Vorbild vorangehen müsse.

5) Priorität des Kampfes gegen bürgerliche Liberalisierung oder Priorität der Bekämpfung von Korruption und Spekulation und damit Priorität des Kampfes gegen "Linksabweichungen"?

In diesem Zusammenhang vertreten Reformkräfte die Ansicht, daß die Hauptursache der Massenproteste im letzten Jahr und der nach wie vor bestehenden weit verbreiteten Unzufriedenheit in dem Bürokratismus und der Korruption innerhalb der KPCh zu suchen ist. Deshalb müsse dem Kampf gegen Bürokratismus und Korruption innerhalb der KPCh Priorität eingeräumt werden, um die Herzen der Bevölkerung wieder für die Partei zu gewinnen. Die Ursache für den Bürokratismus und die Korruption in den Reihen der KPCh wird von diesen Reformkräften in der Existenz von "linksabweichlerischen" Positionen innerhalb der KPCh gesehen, d.h. die Schuldzuweisung für die Krise geht an die Adresse der orthodoxen Kräfte, die sich seit Jahren vehement gegen eine wirksame Kontrolle der Partei und ihrer Funktionäre durch Gewaltenteilung, eine freiere Presse und Demokratisierung wenden. Während die Reformkräfte also letztlich die Orthodoxen für die Krise verantwortlich machen, richtet sich der von den Orthodoxen propagierte Kampf gegen die bürgerliche Liberalisierung gegen die Reformkräfte, die von den Orthodoxen für das Entstehen und die mangelnde Bekämpfung bürgerlicher Liberalisierungstendenzen verantwortlich gemacht werden. Gerade anhand dieses

Konfliktfelds zeigt sich die Unvereinbarkeit der Positionen orthodoxer und reformerischer Kräfte, und hieran wird deutlich, daß beide Gruppen auf Dauer nicht miteinander auskommen können.

6) Die Haltung gegenüber den Reformkommunisten in der Sowjetunion und in anderen osteuropäischen Staaten.

Orthodoxe Kräfte befürworten eine offene ideologische Auseinandersetzung mit dem Reformkonzept von Gorbatschow, das von ihnen als revisionistisch eingestuft wird. Ihrer Ansicht nach sollte sich China dagegen als das wahre sozialistische Land und als die eigentliche Führungsmacht der sozialistischen Staatenwelt präsentieren. Die erhoffte Wirkung nach innen: Die chinesische Bevölkerung könnte auf ihr Land wieder besonders stolz sein, nämlich als ein einmaliges Entwicklungsmodell für die Zukunft der Menschheit, das dem Rest der Welt den richtigen Weg weist. Dagegen lehnen die Reformkräfte eine offene Revisionismuskritik ab, da sie nicht nur eine weitere außenpolitische Isolierung und eine verschärfte Entfremdung zwischen KP und Bevölkerung befürchten, sondern auch verhindern wollen, daß dann auch sie einer Revisionismus-Kritik unterzogen würden.

-sch-

*(5)

Li Peng nicht mehr Vorsitzender der Zentralen Wirtschaftsreformkommission

Ministerpräsident Li Peng gab Anfang September 1990 überraschend den Vorsitz der Zentralen Wirtschaftsreformkommission (guojia jingji tizhi gaige weiyuanhui) ab. Li hatte dieses Amt im April 1988 von Li Tieying übernommen, und zwar offenbar mit der Intention, die radikalreformerische Ausrichtung der Kommission zu verändern und dem Sanierungskurs der konservativ-orthodoxen Kräfte anzupassen. Dies scheint Li Peng jedoch nur zu einem geringen Teil gelungen zu sein, da die meisten reformorientierten Mitglieder der Kommission nach wie vor im Amt sind. Deshalb soll Li Peng zunehmend die Beratung durch das Forschungszentrum des Staatsrats für wirtschaftliche, technische und gesellschaftliche Entwicklung angefordert haben.

Die Zentrale Wirtschaftsreformkommission war im März 1982 auf Initiative des damaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang eingerichtet worden, der diesem Organ bis April 1987 vorstand. Zhao hatte die Kommission vor allem mit Fachleuten besetzt und als Think-tank für die von ihm befürworteten marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsreformen aufgebaut. Nach dem Sturz des damaligen ZK-Generalsekretärs Hu Yaobang im Januar 1987 mußte Zhao dessen Position übernehmen und verlor in der Folge seinen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik. Ein erstes Indiz hierfür war der Verlust des Vorsitzes der Zentralen Wirtschaftsreformkommission im April 1987 an den Kompromißkandidaten Li Tieying. Li Tieying mußte den Vorsitz schon ein Jahr später an Li Peng abgeben, nachdem dieser als Ministerpräsident bestätigt worden war und seine Machtposition ausgebaut hatte. Nach dem Sturz von Zhao Ziyang und der blutigen Niederschlagung der Studentenbewegung 1989 setzten sich einige Mitarbeiter der Wirtschaftsreformkommission ins Ausland ab, darunter der Direktor des Instituts für Wirtschaftsreformen, Chen Yizi.

Zum neuen Vorsitzenden der Zentralen Wirtschaftsreformkommission wurde Chen Jinhua ernannt. Dies wurde formell auf der 15. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses Anfang September 1990 beschlossen. Der 61jährige Chen war bisher Generaldirektor der Petrochemischen Hauptgesellschaft Chinas (Zhongguo shiyou huagong zonggongsi), ein großer Trust mit 620.000 Arbeitern und Angestellten. Diese Position entspricht dem Rang eines stellvertretenden Ministers. Wie Li Peng gehört Chen Jinhua zu der Erfahrungsgruppe früherer Auslandsstudenten in der Sowjetunion. Nach seiner Rückkehr nach China arbeitete Chen u.a. im Textilindustrie- und im Leichtindustrieministerium. In den 70er Jahren soll Chen mit der Führung großer Staatsbetriebe betraut gewesen sein, darunter das Jinshan-Petrochemiewerk und die Baoshan-Stahlwerke in Shanghai. Von Dezember 1977 bis April 1983 war Chen stellvertretender Vorsitzender des Shanghai Revolutionskomitees (bis Dezember 1979) und stellvertretender Bürgermeister von Shanghai. Von Mai 1979 bis März 1983 hatte Chen gleichzeitig die Position eines stellvertretenden Sekretärs des

KPCh-Parteikomitees von Shanghai inne. Im Juli 1983 wurde Chen dann zum Generaldirektor der Petrochemischen Hauptgesellschaft berufen, die zu den großen staatlichen Monopolunternehmen zählt und eine Vielzahl von Betrieben kontrolliert. Seit März 1988 ist Chen Jinhua Mitglied des NVK. Dem Zentralkomitee der KPCh gehört Chen nicht an.

Offiziell wurde der Wechsel an der Spitze der Wirtschaftsreformkommission damit begründet, daß Li Peng sich auf seine Arbeit als Ministerpräsident konzentrieren wolle. Diese Erklärung scheint jedoch nicht plausibel. Eher bieten sich folgende alternative Interpretationen an:

- Li Peng sollte die Leitung über die konkrete Ausarbeitung künftiger Wirtschaftsreformmaßnahmen entzogen werden. Träfe dies zu, dann bedeutete der Wechsel an der Spitze der Kommission einen Machtverlust für Li Peng und könnte möglicherweise seine Ablösung vom Amt des Ministerpräsidenten im nächsten Jahr einleiten. Für eine Schwächung der Machtposition Li Pengs gibt es allerdings keine weiteren Indizien.

- Mit seinem Rücktritt und der Ernennung eines drittrangigen Politikers (Chen ist kein ZK-Mitglied!) zu seinem Nachfolger wollte Li Peng die Bedeutung der Kommission und ihrer Aufgaben herabstufen. Dies entspräche dem seit August 1988 eingeschlagenen wirtschaftspolitischen Kurs der Einschränkung markt- und privatwirtschaftlich orientierter Reformen. Für diese zweite Interpretation spricht auch die Biographie von Chen Jinhua, der als Technokrat und langjähriges Mitglied der zentralen Industriebürokratie offenbar keinerlei nennenswerte Verdienste auf dem Gebiet der Wirtschaftsreformen hat. Ein weiteres Indiz für die Richtigkeit dieser Interpretation ist, daß keiner der beiden stark reformorientierten stellvertretenden Vorsitzenden der Wirtschaftsreformkommission Gao Shangquan (61) und ZK-Kandidat Liu Hongru (60) zum Nachfolger Li Pengs berufen wurde. (RMRB, 8.9.90; Ming Bao, Hongkong, 8. und 10.9.90, in SWB, 11. und 14.9.90; AWSJ, 10.9.90, FT und IHT, 8./9.9.90; HB, 11.9.90) -sch-

*(6)

Yuan Mu: Der Sozialismus wird den Kapitalismus ablösen

Yuan Mu, Sprecher des Staatsrats und Vertrauter von Ministerpräsident Li Peng, hielt sich vom 3. bis 7. September zu einer Inspektionsreise in der Provinz Anhui auf. Vor den Provinzfürherern referierte er am 4. September vier Stunden lang über die gegenwärtige Lage. Dabei stellte Yuan Mu u.a. die These auf, daß "trotz der erheblichen Veränderungen in der gegenwärtigen Welt das marxistische Gesetz von der gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich daß der Sozialismus den Kapitalismus ersetzen wird, der grundlegende Trend der Entwicklung auf der Welt bleibt". Die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus sei eine schwierige und komplizierte Angelegenheit und deshalb sei es sehr wichtig, daß alle, vor allem die Mitglieder der KPCh, ihren "Glauben in den Sozialismus" stärken müßten. (Radio Anhui, 9.9.90, in SWB, 12.9.90) -sch-

*(7)

Umfangreichste "Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas" veröffentlicht

Eine dreibändige "Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas" erschien kürzlich im Beijinger Volksverlag. Sie wurde von der ZK-Parteischule erstellt und ist die umfangreichste Darstellung der KPCh-Geschichte, die jemals in der VRCh veröffentlicht wurde. Die Darstellung beschränkt sich auf den Zeitraum von 1921 bis 1956. Die KPCh-Geschichte seit 1957 soll erst zu einem späteren Zeitpunkt zusammengestellt und veröffentlicht werden. (XNA, 7.9.90) -sch-

*(8)

Konferenz über die Werke Deng Xiaopings

Anfang September 1990 fand in Beijing eine Konferenz von über 50 Spezialisten und Wissenschaftlern über die Werke von Deng Xiaoping statt. Auf der Veranstaltung wurden 20 Paper vorgelegt, die sich vornehmlich mit Dengs Theorie vom Aufbau der Partei befaßten. Die Ausführungen Dengs über die Stärkung des Parteaufbaus

seien die Fortschreibung und Weiterentwicklung der entsprechenden Theorien von Mao Zedong, stellten die Teilnehmer u.a. fest. (RMRB, 6.9.90) -sch-

*(9)

Weitere Unruhen in Xinjiang?

Nach Informationen der Hongkonger Zeitschrift *Dangdai* sollen sich in Xinjiang seit Juni 1990 wieder eine Reihe von kleineren Unruhen im Süden von Xinjiang ereignet haben. Genannt wurden die Orte Aksu, Kizilsu, Kirgiz, Kashi und Hotan. Die Sicherheitsbehörden sollen daraufhin rund 500 "Banditenbanden" zerschlagen und mehrere Tausend Personen verhaftet haben.

Nach Darstellung von *Dangdai* muß zwischen den Protesten der Hui und der Uiguren in Xinjiang unterschieden werden. Beide muslimischen Nationalitäten seien zwar gegen die Unterdrückung des Islam durch die chinesischen Kommunisten und deshalb sehr antikommunistisch eingestellt, doch nur von den Uiguren ginge ein antichinesischer Rassismus aus, da sich die Hui rassistisch weitgehend mit den Han assimiliert hätten (*Dangdai*, 15.9.90, in SWB, 19.9.90). Wenn diese Darstellung zutrifft, dann müßten die separatistischen Aktivitäten in Xinjiang primär von Uiguren ausgehen, während die Hui damit zufrieden wären, wenn ihnen völlige Religionsfreiheit eingeräumt würde. Da letzteres jedoch wahrscheinlich eine stärkere Verbreitung des islamischen Fundamentalismus mit sich brächte, wäre dies für die Herrschaft der KPCh ähnlich gefährlich wie die separatistischen Tendenzen der Uiguren. -sch-

*(10)

Jiang Zemin und Yang Baibing in Xinjiang

ZK-Generalsekretär Jiang Zemin und Yang Baibing, Generalsekretär der ZK-Militärkommission, besuchten vom 22. August bis 1. September 1990 das Autonome Gebiet Xinjiang (RMRB, 3.9.90). Die Inspektionsreise stand offenkundig im Zusammenhang mit den schweren Unruhen in Xinjiang im April dieses Jahres und weiteren Zwischenfällen seit Juni (siehe C.a., Juni

1990, Ü 13 und die betreffende Übersicht in diesem Heft). Vor diesem Hintergrund betonte Jiang Zemin während seiner Reise mehrfach die Notwendigkeit von Stabilität, Einheit zwischen den verschiedenen Nationalitäten und Führung durch die Kommunistische Partei als Garanten für eine lichte Zukunft. Zuvor hatte bereits Sicherheitschef Qiao Shi vom 23. bis 29. Juli Xinjiang besucht und ebenfalls mehr Stabilität und Einheit gefordert. Xinjiang habe für China "eine sehr große strategische Bedeutung" und deshalb werde sich an der bisherigen Xinjiang-Politik der KPCh auch nichts ändern. Gegen den Separatismus müssen entschieden vorgegangen werden. (Dangdai, Hongkong, 15.9.90, in SWB, 19.9.90) -sch-

*(11)

Zhao Ziyang durfte wieder Golf spielen

Der frühere ZK-Generalsekretär Zhao Ziyang tauchte am 5. September 1990 in einer kleinen ausgewählten Öffentlichkeit wieder auf: Im Beijinger Golfclub spielte er in Begleitung seiner Frau und einiger Leibwächter drei Stunden lang Golf, nachdem er sich nach einjähriger Spielpause beim japanischen Manager des Clubs zurückgemeldet hatte (SZ, 7.9.90; HAZ, 8.9.90). Der Grund für den Golfeinsatz dürfte sein, daß die politische Führung damit 'beweisen' wollte, daß Zhao Ziyang zur Zeit weder unter Hausarrest steht noch eine wirtschaftspolitische Inspektionsreise unternimmt. Entsprechende Gerüchte waren in den vergangenen Monaten immer wieder aufgekommen. -sch-

*(12)

Familienplanung

China hat kürzlich seine Erfolge bei der Einschränkung des Bevölkerungswachstums herausgestellt. Einer Xinhua-Meldung zufolge (XNA, 13.9.90) wurden in China in den 18 Jahren zwischen 1971 und 1988 200 Millionen weniger Babies geboren, als es ohne Familienplanungspolitik der Fall gewesen wäre. Dies habe den Zeitpunkt, zu dem die Weltbevölkerung die Fünf-Milliarden-Marke und die asiatische Bevölkerung die Drei-Milliarden-Marke erreicht habe, um zwei bzw. vier Jahre hinausgeschoben. Durch die in den 70er Jahren eingeführte Politik der

Familienplanung sei die Geburtenrate von 33,59 pro Tausend im Jahre 1970 auf 20,83 pro Tausend im Jahre 1989 gesenkt worden. Im selben Zeitraum habe sich das natürliche Wachstum der Bevölkerung von 25,83 auf 14,33 pro Tausend verringert.

Im Jahre 1988 sei der Anteil der Ein-Kind-Familien im Vergleich zu 1970 um 1,5mal angestiegen, während der Anteil der Familien mit großer Kinderzahl (eine genaue Zahl wird nicht genannt) um 75 Prozent gesunken sei. Im Jahre 1989 hätten über 34 Millionen Ehepaare in ganz China Zertifikate erhalten, die sie als Ein-Kind-Familie ausweisen. Das langsamere Bevölkerungswachstum habe auch die Altersstruktur in China verändert. 1988 habe der Anteil der Kinder unter 14 Jahre nur 28,04 Prozent der Bevölkerung ausgemacht, während er 1964 noch 40,7 Prozent betragen habe. Gleichzeitig habe sich der Anteil der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahre von 61,66 Prozent im Jahre 1982 auf 66,63 66,63 Prozent im Jahre 1988 erhöht, während der Anteil der über 65-jährigen 5,33 Prozent betragen habe.

Trotz der großen Erfolge bei der Reduzierung des Bevölkerungswachstums sieht sich China derzeit einem neuen Babyboom gegenüber. Anfang der 90er Jahre würden 13 Millionen Frauen pro Jahr in das gebärfähige Alter kommen, heißt es. So wundert es nicht, daß die Bevölkerungsexperten die ursprünglich für Ende des Jahrhunderts ins Auge gefaßte Bevölkerungszahl von 1,2 Milliarden schon jetzt auf 1,28 Milliarden erhöht haben (ebd.). Insbesondere auf dem Lande sollten Anstrengungen zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums unternommen werden. Zugleich wurde die Notwendigkeit betont, ein Rentenversicherungssystem für alte Leute aufzubauen und in den einzelnen Gemeinden Dienste für die Bedürfnisse kinderloser Familien einzurichten.

Möglicherweise als Reaktion auf die Volkszählung vom Juli 1990, deren Daten allerdings noch nicht bekannt sind, verstärken mehrere Provinzen ihre Bemühungen, die Familienplanung effektiver zu gestalten. In der Provinz Hebei z.B. haben Partei und Regierung verfügt, daß sich im 3.Quartal dieses Jahres alle Frauen im gebärfähigen Alter einer Untersuchung zu unterziehen hätten, daß jede dieser Frau-

en zu registrieren sei, und daß "wenn Probleme entdeckt würden, diese frühzeitig zu lösen" seien (Radio Shijiazhuang, 30.7.90, nach SWB 11.9.90). Dies bedeutet nichts anderes, als daß unerlaubte Schwangerschaften möglichst frühzeitig entdeckt werden sollen, um dann sofort eine Abtreibung vornehmen zu können. Damit die Untersuchung der Frauen keine einmalige Aktion bleibt, hat die Provinz darüber hinaus die letzten Tage ab dem 25. Tag eines jeden Monats zu Tagen der Familienplanungsaktivitäten bestimmt, während denen alle örtlichen Einheiten gehalten sind, die Frauen im gebärfähigen Alter zu veranlassen, sich für eine Untersuchung in bestimmten Stationen zu registrieren, und wenn Probleme entdeckt werden, diese umgehend zu lösen (ebd.). Das heißt, die Frauen sollen jeden Monat kontrolliert werden, ob sie schwanger geworden sind.

Eine weitere Verschärfung der Familienplanung scheint sich insofern anzubahnen, als neuerdings auch die nationalen Minderheiten sich in zunehmendem Maße der Familienplanung unterwerfen müssen. Bisher waltete bei den Angehörigen nationaler Minderheiten in dieser Hinsicht Milde, um keine Unruhen aufkommen zu lassen. Die Vorsitzende der Staatlichen Kommission für Familienplanung, Peng Peiyun, wies kürzlich auf einer Versammlung über Familienplanung in der Autonomen Region Innere Mongolei auf die Bedeutung der Beschränkung des Bevölkerungswachstums und die Einhaltung der diesbezüglichen Vorschriften auch in den Minderheitengebieten hin (Nei Menggu Ribao, 4.8.90, nach SWB, 5.9.90). -st-

Kultur

*(13)

Copyright-Gesetz passiert Ständigen Ausschuß des NVK

Am 7. September 1990 wurde das "Copyright-Gesetz der Volksrepublik China" auf der 15. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VII. Nationalen Volkskongresses verabschiedet. Es handelt sich um das erste Copyright-Gesetz Chinas. Es wird am 1. Juni 1991